

Bernhard Pfitzner

Zur Behauptung einer „Burgfriedenspolitik der Gewerkschaftsführungen“

Ein Diskussionsbeitrag

Inhalt

Vorbemerkung / Motivation	2
Zur Burgfriedenspolitik 1914 ff und ihrer Vorgeschichte	3
Der Aufruf der Vorständekonferenz der Gewerkschaften vom 2. August 1914	3
Anmerkungen zur Vorgeschichte / Die „Massenstreikdebatte“	4
Zur heutigen Situation im DGB / in den DGB-Gewerkschaften	5
„Burgfriedenspolitik ...“ – ?	5
„... der Gewerkschaftsführungen“ – ?	5
Über notwendige, zugespitzte und überspitzte Kritik	6
Anhang.....	7
Dokumente.....	7
1. Resolution des SPD-Parteitages 1906 in Mannheim („Mannheimer Abkommen“)	7
2. Aufruf der Vorständekonferenz der Gewerkschaften vom 2. August 1914	8
3. Überlegungen zur weiteren Strategie der Friedensbewegung – Diskussionspapier (16.12.25) (Auszüge)	9
Literatur, Links	11
Literatur	11
Links	12

Vorbemerkung / Motivation

Im Dezember '25 veröffentlichten R. Braun, M. Müller, W. van Ooyen, Chr. Ostheimer, K.-H. Peil und Peter Wahl ein Diskussionspapier

„Überlegungen zur weiteren Strategie der Friedensbewegung“¹

Da ich mich im Folgenden kritisch mit einem Aspekt dieses Papiers auseinandersetze, liegt mir vorab daran, zu betonen, dass ich mit den Autoren über weite Passagen übereinstimme.

Aber diese Übereinstimmung darf meines Erachtens nicht dazu führen, einen aus meiner Sicht fatalen Fehler mit Stillschweigen zu übergehen.

Dabei handelt es sich um die Passage:

„Höchste Priorität ist auf die Kooperation mit **Gewerkschaften** zu legen. ... Dabei sind angesichts der **Burgfriedenspolitik** der **Gewerkschaftsführungen** und der Unterstützung des Rüstungskeynesianismus keine kurzfristigen Erfolge zu erwarten.“ (Hervorhebungen durch mich; ausführlicheres Zitat s. im Anhang 3)

Natürlich begrüße ich als aktiver friedensbewegter Gewerkschafter den ersten Satz.

Der zweite Satz enthält aber gleich zwei – gelinde gesagt – problematische Formulierungen, mit denen ich mich im Weiteren beschäftigen will:

- Die Behauptung einer „Burgfriedenspolitik“ und
- die Adressierung derselben bei „den“ „Gewerkschaftsführungen“.

Ich werde bei meinen weiteren Ausführungen zunächst auf die Situation 1914 ff eingehen, in der der Begriff der Burgfriedenspolitik geprägt wurde.

Da ich kein Historiker bin und mich vor allem die aktuelle Debatte interessiert, wird dieser Teil recht kurz ausfallen.

Ich bin aber an Hinweisen zu seiner Konkretisierung (und – wo nötig – Modifikation/ggf. auch Korrektur) interessiert.

Das gilt selbstverständlich auch für die weiteren Abschnitte.

Hannover, 14.1.26

Bernhard Pfitzner

Bernhard.pfitzner@web.de

¹ S. <https://www.kasseler-friedensforum.de/917/publikationen/Ueberlegungen-zur-weiteren-Strategie-der-Friedensbewegung-Diskussionspapier/> sowie Auszüge aus dem Papier im Anhang 3

Zur Burgfriedenspolitik 1914 ff und ihrer Vorgeschichte

Da dieses Papier die Funktion hat, sich mit einer problematischen Seite des aktuellen Aufrufs „Überlegungen zur weiteren Strategie der Friedensbewegung“ auseinanderzusetzen, geht es im vorliegenden Abschnitt nicht um eine umfassende Darstellung der Burgfriedenspolitik 1914 ff.

Allerdings: Wenn die Geißelung der gegenwärtigen Politik „der“ Gewerkschaften/Gewerkschaftsvorstände mehr sein soll als eine hohle „revolutionäre“ Phrase, kann dieser geschichtliche Bezug nicht einfach ausgeblendet werden.

Schon die gleich folgende Darstellung des Aufrufs der Vorstandskonferenz der Gewerkschaften² vom 2. August 1914 wird zeigen, dass eine Parallelisierung zur heutigen Politik mehr als fragwürdig ist.

Erst recht gilt das, wenn die diesem Beschluss folgende praktische Politik einbezogen wird, in deren Zuge es zu direkter Zusammenarbeit einzelner Gewerkschaftsgliederungen/-funktionäre mit Militärbehörden kam, denen verschiedentlich betriebliche Interessenvertreter zum Opfer fielen, die aber hier nicht vertieft behandelt wird.

Für einen ersten Überblick über die Burgfriedenspolitik verweise ich auf den entsprechenden Wikipedia-Artikel:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Burgfriedenspolitik>
(dort auch Literatur und weitere Links).

Der Aufruf der Vorstandskonferenz der Gewerkschaften vom 2. August 1914

Wer die Daten im Zusammenhang mit dem Beginn des 1. Weltkriegs und insbes. der ersten Abstimmung im Reichstag über die Kriegskredite im Kopf hat, der/dem wird auffallen, dass der hier angeführte Aufruf bereits zwei Tage vor dieser Abstimmung datiert.³⁴

Da zu diesem Zeitpunkt etwa ein Drittel der Mitglieder der SPD-Reichstagsfraktion Funktions-TrägerInnen in Gewerkschaften waren⁵, hatte dieser Aufruf durchaus präjudizierende Wirkung.

² Soweit ich mich hier mit den deutschen Gewerkschaften in der Zeit 1914 ff befasse, beschränke ich mich auf die „freien“, d.h. in enger Verbindung zur SPD stehende Gewerkschaften. Über die Haltung der anderen Richtungsgewerkschaften zur Burgfriedenspolitik enthält der erwähnte Wikipedia-Artikel knappe Andeutungen.

Einheitsgewerkschaften in dem uns bekannten Sinne sind erst das Ergebnis der Erfahrungen mit der Niederlage gegenüber dem Nazi-Regime.

³ (und auch einen Tag vor der in der folgenden Fußnote erwähnten Fraktionssitzung)

⁴ Die Abstimmung am 4.8.14 ist nicht eigentlicher Gegenstand dieses Papiers. Ich nehme es gleichwohl zum Anlass, der gelegentlich verbreiteten Legende entgegenzutreten, die Kriegsgegner, also insbes. Karl Liebknecht hätten bereits bei dieser Gelegenheit gegen die Kredite gestimmt. Richtig ist, dass Karl Liebknecht und andere in der vorangegangenen Sitzung der SPD-Reichstagsfraktion vehement für eine Ablehnung eingetreten, dort aber unterlegen waren – und sich deshalb am 4.8.14 der Fraktionsdisziplin beugten und zustimmten. Das erste ablehnende Votum K. Liebknechts datiert vom 2.12.14 (s. etwa https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Liebknecht#Erster_Weltkrieg).

⁵ S. etwa Peter Brandt, Detlef Lehnert, Eine kurze Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Bonn (Dietz Nachf.) 2023, S. 73

Zur Behauptung einer „Burgfriedenspolitik der Gewerkschaftsführungen“ Ein Diskussionsbeitrag

Der im vorliegenden Zusammenhang zentrale Satz findet sich nicht im Aufruf selbst, aber im unmittelbaren Zusammenhang (vgl. Anhang 2):

„Die Konferenz beschließt alle Lohnbewegungen und Streiks abubrechen.“

Wer also heute von „Burgfriedenspolitik“ redet, sollte sich dieser Festlegung erinnern – ganz abgesehen von der oben kurz angedeuteten praktischen Politik.

Anmerkungen zur Vorgeschichte / Die „Massenstreikdebatte“

Die Zustimmung der SPD-Reichstagsfraktion wird oftmals als Verrat an den Traditionen der SPD gesehen. Und entsprechendes gilt dann oft für die Politik der Gewerkschaften/ihrer Vorstände.

Wie so oft, ist aber auch in diesem Fall ein Blick in die Vorgeschichte hilfreich – insbes. auf die „Massenstreik-Debatte des Jahres 1906.“⁶

(Auch hier ist der entsprechende Wikipedia-Artikel zur „qualifizierten Erstinformation“ hilfreich:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Massenstreikdebatte> ;

dort auch Literatur und weitere Links)

Bei dieser Debatte ging es

- um die mögliche Bedeutung politischer Massenstreiks – etwa im Zusammenhang mit angestrebten Änderungen des Wahlrechts und in diesem Zusammenhang
- um das Verhältnis von SPD und (sozialdemokratischen) Gewerkschaften.

Wurden Gewerkschaften von großen Teilen der SPD-Führung (einschl. etwa August Bebel) lange Zeit als „Kaderschmieden für die Partei“ betrachtet, so entwickelte sich in ihnen in den Jahren um die Jahrhundertwende ein Selbstbewusstsein, das zu einer einfachen Unterordnung unter die Partei nicht mehr bereit war. Insbes. in den – vor allem von Linken in der SPD, deren bekannteste Vertreterin Rosa Luxemburg war – initiierten/forcierten Diskussionen um die Nutzung von politischen Massenstreiks waren größere Teile der Gewerkschaften nicht bereit, mühsam errungene Organisationserfolge aufs Spiel zu setzen.

Die Kontroversen mündeten in der

**Resolution des SPD-Parteitages 1906 in Mannheim,
dem „Mannheimer Abkommen“ (s. Anhang 1)**

mit der zentralen Festlegung:

„Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen.“

Ähnlich wie in den Gewerkschaften hatten auch in vielen anderen Bereichen (Kommunalpolitik, Konsumvereine, Sozialversicherungen, ...) Menschen mit Erfahrungen in der „praktischen Kleinarbeit“ ein Selbstbewusstsein erlangt, dass die revolutionäre Partei-Programmatik keineswegs ablehnte, ihr aber für das „Tagesgeschäft“ nur nachrangige Bedeutung einräumte.

⁶ Wenn ich mich hier bemühe, die Vorgeschichte zumindest anzudeuten, geschieht dies nicht in apologetischer Absicht. Welche Positionierungen damals „richtig“ waren, ist nicht Gegenstand des vorliegenden Textes.

Zur heutigen Situation im DGB / in den DGB-Gewerkschaften

„Burgfriedenspolitik ...“ – ?

Die Autoren des Diskussionspapiers führen nicht genauer aus, worauf sich ihre Darstellung einer „Burgfriedenspolitik der Gewerkschaftsführungen“ stützt.

Nehmen wir zunächst den oben angeführten Aufruf der Vorstandskonferenz der Gewerkschaften vom 2. August 1914 und die darin enthaltene Festlegung

„Die Konferenz beschließt alle Lohnbewegungen und Streiks abzubrechen“,

so ist unmittelbar klar, dass eine Parallelisierung der heutigen zur damaligen Gewerkschaftspolitik weit an der Realität vorbeigeht.

Erst recht gilt das, wenn die oben erwähnte Zusammenarbeit von Teilen der Gewerkschaften mit den kaiserlichen Militärbehörden betrachtet wird.

Heißt das, dass es in meinen Augen keinerlei Parallelen gibt?

Keineswegs:

Ich teile die Kritik an Tendenzen in den DGB-Gewerkschaften, die sich der „Durch-Militarisierung“ der Gesellschaft unter dem Vorzeichen, „Kriegstüchtigkeit“ zu erzeugen, nicht oder nur verhalten entgegenstellen.

Für geradezu fatal halte ich es, wenn Teile der Gewerkschaften eine „Konversion pervers“ – also von ziviler zu militärischer Produktion – begrüßen oder gar fordern.⁷

Aber:

So berechtigt – und in meinen Augen not-wendig (!!) – es in meinen Augen ist, derartige Entwicklungen kritisch zu diskutieren, geht doch der Vorwurf einer „Burgfriedenspolitik“ an der Realität vorbei und erschwert notwendige innergewerkschaftliche Klärungsprozesse.

„... der Gewerkschaftsführungen“ – ?

Mir hat bisher niemand erklären können, wo die ominöse Grenze zwischen „gewerkschaftlicher Basis“ und „Gewerkschaftsführungen“ verläuft.

Um es am eigenen Fall zu verdeutlichen:

Ich hatte in der Zeit meiner GEW- und hbv- und dann besonders in meiner ver.di-Zeit Funktionen von der örtlichen bis zur Bundesebene und war Delegierter auf Konferenzen auf all diesen Ebenen, kurzzeitig auch im Rahmen von UNI Europa. Außerdem war ich – zumindest bei örtlichen Konferenzen – „einfaches Mitglied“.

War ich also mal Teil der gewerkschaftlichen Basis, mal einer oder auch mehrerer Gewerkschaftsführungen?

Worauf ich hinaus will:

⁷ Bei einer solchen Kritik übersehe ich keineswegs die nachvollziehbaren Arbeitsplatzsorgen von KollegInnen, deren bisherige zivile Produktionsstätten „konvertiert“ werden, differenziere aber zwischen dieser nachvollziehbaren Sorge und einer aktiven Unterstützung einer solchen Konversion.

Zur Behauptung einer „Burgfriedenspolitik der Gewerkschaftsführungen“ Ein Diskussionsbeitrag

Die abstrakte Gegenüberstellung „Basis <-> Führung“ geht an der Tatsache vorbei, dass es auf allen Ebenen „sone und solche“ gibt – und sich deshalb auf allen Ebenen die Notwendigkeit ergibt, sich argumentativ mit Positionen auseinanderzusetzen, die friedenspolitisch bedenklich oder gar bellizistisch sind.

Natürlich stehen da gewählte VertreterInnen unter besonderer Beobachtung und müssen sich Kritik dort gefallen lassen, wo sie – zumindest nach Auffassung von KollegInnen, die sie gewählt haben – von beschlossenen Grundlinien abweichen.⁸

Über notwendige, zugespitzte und überspitzte Kritik

Ich habe schon oben erwähnt, dass in meinen Augen innergewerkschaftliche Kritik an friedenspolitisch bedenklichen Tendenzen nicht nur berechtigt, sondern ausgesprochen notwendig ist, um einem Abgleiten in diese Tendenzen entgegenzuwirken.

Und ich halte es auch für legitim, dabei zuzuspitzen – dies übrigens sowohl „an der Basis“ als auch gegenüber den gewählten VertreterInnen/Organen.

Wenn solche „Zuspitzung“ allerdings den Boden der Realität verlässt, wird daraus überspitzte Kritik. Und die beinhaltet zumindest zwei Gefahren:

- Sie wird für Viele der Angesprochenen unverständlich.
- Für Manche, die sich getroffen fühlen, kann die Überspitzung eine durchaus willkommene Steilvorlage sein, um die Kritik insgesamt – also auch ihre berechtigten Teile – zu diskreditieren.

In beiden Fällen wäre damit wohl eher das Gegenteil dessen erreicht, was beabsichtigt war.

⁸ Eine solche Abweichung ist allerdings nur in extremen Fällen absolut eindeutig. Meist lassen Konferenzbeschlüsse durchaus Spielräume. Und das ist auch gut so. Das heißt nicht, dass jede Auslegung gleich legitim ist. Aber auch das lässt sich dann kaum anders als in kollegialer Diskussion klären.

Anhang

Dokumente

1. Resolution des SPD-Parteitages 1906 in Mannheim (“Mannheimer Abkommen”)

Quelle: <https://www.gewerkschaftsgeschichte.de/data/Resolution-SPD-Parteitag-1906.pdf>

I. Der Parteitag bestätigt den Jenaer Parteitagsbeschluß zum politischen Massenstreik und hält nach der Feststellung, daß der Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht im Widerspruch steht mit dem Jenaer Beschluß, allen Streit über den Sinn des Kölner Beschlusses für erledigt.

Der Parteitag empfiehlt nochmals besonders nachdrücklich die Beschlüsse zur Nachachtung, die die Stärkung und Ausbreitung der Parteiorganisation, die Verbreitung der Parteipresse und den Beitritt der Parteigenossen zu den Gewerkschaften und der Gewerkschaftsmitglieder zur Parteiorganisation fordern

Sobald der Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet, hat derselbe sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktion erfolgreich durchzuführen.

II. Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendig für die Hebung der Klassenlage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Dieselben stehen an Wichtigkeit hinter der sozialdemokratischen Partei nicht zurück, die den Kampf für die Hebung der Arbeiterklasse und ihre Gleichberechtigung mit den anderen Klassen der Gesellschaft auf politischem Gebiet zu führen hat, im weiteren aber über diese ihre nächste Aufgabe hinaus die Befreiung der Arbeiterklasse von jeder Unterdrückung und Ausbeutung durch Aufhebung des Lohnsystems und die Organisation einer auf der sozialen Gleichheit aller beruhenden Erzeugungs- und Austauschweise, also der sozialistischen Gesellschaft, erstrebt. Ein Ziel, das auch der klassenbewußte Arbeiter der Gewerkschaft notwendig erstreben muß. Beide Organisationen sind also in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und Zusammenwirken angewiesen.

Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen.

Um aber jene Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie erfüllt werde. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu wirken.

Quelle: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Mannheim vom 23. bis 29. September 1906, Berlin 1906, S. 305.

2. Aufruf der Vorständekonferenz der Gewerkschaften vom 2. August 1914

Quelle: <https://www.gewerkschaftsgeschichte.de/data/Aufruf-Vorstaendekonferenz-1914.pdf>

Die Vorständekonferenz der Gewerkschaften beschließt einen Aufruf "An die Mitglieder der Gewerkschaften":

"Alle Bemühungen der organisierten Arbeiterschaft, den Frieden aufrechtzuerhalten, den mörderischen Krieg zu bannen, sind vergeblich gewesen. Der Krieg mit seinen Verwüstungen des wirtschaftlichen Lebens, mit seinen unermeßlichen Opfern an Gut und Blut ist über die Nationen hereingebrochen. Unzählige werden als Opfer auf den Schlachtfeldern bleiben. Schwer wird die Arbeiterklasse diese Last zu tragen haben; Arbeitslosigkeit, Not und Entbehrung werden in nie gekanntem Umfange hereinbrechen.

In dieser ernsten Stunde richtet die Generalkommission ... den Appell an die Mitglieder der Gewerkschaften, ihrer Organisation treu zu bleiben, um die dringend notwendige Fortsetzung der Tätigkeit der Gewerkschaften zu sichern. Die Gewerkschaften werden alle Mittel in den Dienst ihres Aufgabenkreises stellen. Aber dauernd können sie diese Verpflichtungen nur erfüllen, wenn diejenigen, die in Arbeit stehen, nach wie vor es als ihre Pflicht betrachten, durch die Beitragsleistung es zu ermöglichen, daß die Unterstützungen an die Hilfsbedürftigen weitergezahlt werden. Die Gewerkschaften werden bestrebt sein, soweit es in ihren Kräften steht, die bitterste Not der Mitglieder und ihrer Angehörigen zu mildern.

Wir erwarten aber auch in dieser schicksalsschweren Stunde, daß nicht diese wirtschaftliche Schwächung der Arbeiterklasse ausgenützt wird, um die Löhne herabzudrücken und unwürdige Anforderungen an die Arbeiterschaft zu stellen. Wir hoffen, daß die Arbeiterschaft zu ihren Organisationen steht und sie über eine Zeit der schwersten Prüfung lebensfähig erhält, und daß die Solidarität der Arbeiterschaft sich in alter Treue bewährt."

Die Konferenz beschließt alle Lohnbewegungen und Streiks abzubrechen.

Quelle: FES-Bibliothek, Online-Chronologie der deutschen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1918.

3. Überlegungen zur weiteren Strategie der Friedensbewegung – Diskussionspapier (16.12.25) (Auszüge)

Quelle: <https://www.kasseler-friedensforum.de/917/publikationen/Ueberlegungen-zur-weiteren-Strategie-der-Friedensbewegung-Diskussionspapier/>

Autoren: Reiner Braun, Michael Müller, Willi van Ooyen, Christof Ostheimer, Karl-Heinz Peil, Peter Wahl.

...

3. Wo steht die Friedensbewegung?

...

3.2. Hinzu kommt, dass erstmals seit 150 Jahren ein erheblicher Teil der extremen Rechten für Kooperation und Koexistenz mit Russland eintritt. Umgekehrt konzentriert sich das grünlinke-linksliberale Lager einschließlich der **Gewerkschaften** und Kirchen seit Jahren auf den Kampf gegen die AfD und mobilisiert dafür Hunderttausende Menschen. Früher friedenspolitisch aufgeschlossen oder sogar Teil der Friedensbewegung, zählen sie jetzt zum bellizistischen Mainstream. Das gilt selbst bis in Teile der Linkspartei hinein. Hier liegt ein neuartiges Dilemma für Friedenspolitik und die Friedensbewegung.

...

4. Friedenspolitische Herausforderungen

...

4.5. Höchste Priorität ist auf die Kooperation mit **Gewerkschaften** zu legen. Das Thema Kanonen statt Butter wird ganz groß werden. Bereits jetzt gibt es **innergewerkschaftlich** organisierte Kerne, mit denen Kooperation möglich ist. Dabei sind angesichts der **Burgfriedenspolitik** der **Gewerkschaftsführungen** und der Unterstützung des Rüstungskeynesianismus keine kurzfristigen Erfolge zu erwarten.

4.6. Im Vergleich zu den 1980er Jahren ist die politische Bedeutung der Kirchen zurückgegangen, u.a. wegen der Missbrauchsskandale. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat in ihrer jüngsten Denkschrift den bisherigen Kurs drastisch verändert und ist an den herrschenden Bellizismus herangerückt. Dennoch sind die Kirchen immer noch ein relevanter Akteur und durch einige Organisationen und Initiativen mit der Friedensbewegung verbunden. Bei den Amtskirchen ergeben sich ähnliche Herausforderungen wie bei den **Gewerkschaften**. Auch andere religiöse Gemeinschaften (Muslime) sind für die Friedensbewegung zu gewinnen bzw. einzubeziehen.

...

5. Nächste Schritte

...

5.2. Als Einstieg sollten Gespräche zwischen den verschiedenen Sektoren stattfinden, um Gemeinsamkeiten mit Hinblick auf die weitere Strategie auszuloten, aber auch sachlich über die Differenzen zu reden. Insbesondere sollte der Dialog in Richtung **Gewerkschaften**, Kirchen, Umweltbewegung und Anti-Wehrpflichtkampagne/Jugend entwickelt werden. Angeregt werden sollte, die Strategiedebatte auch in den Regionen und in größeren Foren zu führen. Auf Bundesebene sollten Vereinbarungen über weitere Schritte in strömungsübergreifender Kooperation und/oder abgesprochener Arbeitsteilung geführt werden. Diese sollten nicht nur

**Zur Behauptung einer „Burgfriedenspolitik der Gewerkschaftsführungen“
Ein Diskussionsbeitrag**

Aktionen/Demos umfassen, sondern auch Publikationen, Seminare, öffentliche Veranstaltungen etc. (s. Punkt 4.12.)

Unberührt davon bleiben die etablierten oder bereits geplanten Aktionsformen – Ostermärsche, Aktionstage gegen die Wehrpflicht, Regionalaktivitäten zur Raketenstationierung (Grafenwöhr, Wiesbaden etc.)

Zur Behauptung einer „Burgfriedenspolitik der Gewerkschaftsführungen“ Ein Diskussionsbeitrag

Literatur, Links

Wie bereits in der Vorbemerkung erwähnt, bin ich kein Historiker. Die folgenden Hinweise sind deshalb lediglich eine erste subjektive Auswahl und sollen eher zur weiteren Recherche anregen:

Literatur

- Peter Brandt: Wie führende Sozialdemokraten den »Burgfrieden« im Ersten Weltkrieg aufkündigten. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Heft 6/2015, S. 77–79.
Online: https://www.frankfurter-hefte.de/media/Archiv/2015/Heft_06/PDF/2015-06_brandt.pdf
- Frank Deppe u.a., Kritik der Mitbestimmung, Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1973
Inhaltsverzeichnis: soweit mir bekannt, online nicht verfügbar
Kapitel I dieses Buchs (S. 9-57) behandelt
„Burgfrieden, Arbeitsgemeinschaft, Wirtschaftsdemokratie.
Zur Vorgeschichte der Mitbestimmung“
- Susanne Miller, Burgfrieden und Klassenkampf
Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg,
Düsseldorf (Droste) 1974
Inhaltsverzeichnis:
https://swbplus.bsz-bw.de/cgi-bin/result_katan.pl?item=bsz003982513inh.htm
Im Kapitel I „Der vierte August 1914“ behandelt der Abschnitt
„6. Die Gewerkschaften“ (S. 48-51, mit weiteren Verweisen).
Im Wesentlichen konzentriert sich das Buch allerdings auf die SPD (und USPD).
- Carsten Schmidt: Zwischen Burgfrieden und Klassenkampf. Sozialpolitik und Kriegsgesellschaft in Dresden 1914 - 1918. Dresden 2007
(Dissertation zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie an der Philosophischen Fakultät der Technischen Universität Dresden)
Online: <https://d-nb.info/984485694/34>
Inhaltsverzeichnis:
https://swbplus.bsz-bw.de/cgi-bin/result_katan.pl?item=bsz276611519inh.htm
- Michael Schneider, Kleine Geschichte der Gewerkschaften
Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute
Bonn (Dietz), 2000
Inhaltsverzeichnis (der früheren Auflage v. 1989):
<https://d-nb.info/890574642/04>
Darin Kapitel
V. „Im Umbruch: die Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg 1914 bis 1918“ (S. 120-141)

Zur Behauptung einer „Burgfriedenspolitik der Gewerkschaftsführungen“ Ein Diskussionsbeitrag

- Klaus Tenfelde u.a., Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945 Köln (Bund-Verlag), 1987
Inhaltsverzeichnis:

https://scans.hebis.de/00/56/73/00567398_toc.pdf

Darin in Kapitel

II „Die Gewerkschaften als Massenbewegung im Wilhelminischen Kaiserreich 1890 bis 1918“

„4. Burgfrieden ohne Klassenkampf

Die Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg“ (S. 249-278)

Das Buch von Deppe u.a. ist nach wie vor im Buchhandel erhältlich (20,00 €), die Bücher von Susanne Miller, Michael Schneider sowie von Klaus Tenfelde u.a. nur noch in Bibliotheken oder antiquarisch. Die Titel von P. Brandt und C. Schmidt sind über die angegebenen Adressen online verfügbar.

Links

Auf zwei einschlägige Wikipedia-Artikel habe ich bereits im Text hingewiesen.

Allgemein zur Geschichte der Gewerkschaften (nicht nur der deutschen):

<https://www.gewerkschaftsgeschichte.de/index.htm>

Für eine Zusammenstellung von mir erstellter Materialien zu Krieg und Frieden – insbes. auch entsprechenden gewerkschaftlichen Beschlusslagen s.

https://de.wikipedia.org/wiki/Benutzer:Bernhard_Pfitzner/Beiträge_außerhalb_der_Wikipedia/Krieg_Frieden